

Luxemburg, den 21. März 2022

Klammend Präisser: Jonker a Stéit mat niddregem Revenu geziilt ënnerstëtzen!

Die Preise steigen derzeit wie seit langem nicht mehr. Treiber der Inflation sind vor allem die Energiepreise, die erst durch den wirtschaftlichen Aufschwung und jetzt durch den Krieg in der Ukraine befeuert werden. Vor allem die Preise für Erdgas und Erdölprodukte sind in den letzten Monaten gestiegen. Mittlerweile steigen aber auch die Lebensmittelpreise, auch als Konsequenz des Krieges in der Ukraine, denn diese ist einer der größten Weizenproduzenten und -exporteure der Welt.

Der STATEC ging in seiner neuesten Prognose von einer jährlichen Inflation von bis zu 4,8% für 2022 aus, wobei die Effekte des Krieges in der Ukraine noch nicht vollends berücksichtigt werden konnten.ⁱ

Die steigenden Preise belasten natürlich neben den Unternehmen auch die Verbraucher:innen. Vor allem die steigenden Kosten bei Grundversorgungsmitteln wie dem Heizen und den Lebensmitteln betreffen in erster Linie Haushalte mit geringem Einkommen, da diese die zusätzlichen Kosten oft nicht stemmen können. **Auch viele junge Menschen, darunter Berufseinsteiger:innen und Studierende sind hiervon betroffen.** Das Durchschnittseinkommen der unter 30-jährigen liegt in Luxemburg bei etwa 2.600€ im Monat, im Gegensatz zum allgemeinen Durchschnitt von 5.700€.ⁱⁱ

Die Regierung hat bereits ein Hilfspaket auf den Weg gebracht, darunter z.B. die Ausweitung der Teuerungszulage (“Allocation de vie chère”) und ein gezieltes Energiegeld. Angesichts der derzeitig erhöhten inflationären Tendenzen bedarf es jedoch weiteren Maßnahmen.

Im Hinblick auf die “Tripartite”, bei der die Regierung gemeinsam mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter:innen weitere Maßnahmen beschließen will, **fordern wir als jonk gréng:**

1. Keine Subvention an der Zapfsäule, denn dies entspricht einer Umverteilung von unten nach oben!

Angesichts der hohen Spritpreise fordern einige, darunter auch die größte Oppositionspartei und Arbeitnehmervertretungen, dass der Staat eine Preisbremse einführt bzw. die Preise deckelt und somit eine Reduzierung der Spritpreise subventioniert. **Eine solche Maßnahme wäre jedoch in vielerlei Hinsicht falsch.**

Erstens wäre eine Spritpreisbremse sozial ungerecht. Zahlen des STATEC zeigen, dass Haushalte mit höheren Einkommen im Durchschnitt deutlich mehr Geld für Sprit ausgeben als jene mit niedrigem Einkommen. Gleichzeitig leiden aber jene mit niedrigen Einkommen am meisten unter den höheren Preisen, da die Ausgaben für Sprit einen deutlich größeren Teil des gesamten Einkommens ausmachen.ⁱⁱⁱ **Das bedeutet, dass jene mit höherem Einkommen von einer Subvention an der Zapfsäule, die übrigens von allen Steuerzahlenden finanziert wird, am meisten profitieren. Dies entspräche somit einer Umverteilung von unten nach oben.**

Zweitens würden durch eine Sprintsubvention falsche Signale an die Verbraucher:innen gesendet. Denn ein Sinken der Preise würde zu einer höheren Nachfrage führen, was nicht nur klimapolitisch falsch wäre, sondern auch einen weiteren preistreibenden Effekt hätte.

Drittens wäre eine Spritpreisbremse für den Staat sehr teuer, ohne sicher zu stellen, dass Haushalte, die tatsächlich in finanzielle Schwierigkeiten geraten, genügend unterstützt werden. Eine viermonatige Senkung der Verbrauchssteuern ("droits d'accise") um 15 Cent auf Diesel und Benzin, wie in Frankreich bereits beschlossen, würde den Staat unseren Berechnungen zufolge etwa 80 Millionen Euro kosten. Dabei würde dies jenen, die am meisten unter den steigenden Preisen leiden, nur bedingt helfen, weil die Preise trotzdem noch deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen würden.

2. Gezielte Maßnahmen für Berufseinsteiger:innen, Studierende und Haushalte mit niedrigem Einkommen

Anstatt auf den Preis einzuwirken und somit vor allem Gutverdiener:innen zu unterstützen, sollte der Staat zusätzlich gezielte finanzielle Unterstützung für Haushalte mit niedrigem Einkommen, worunter auch viele junge Menschen fallen, bereitstellen:

- **Substantielle Erhöhung des Steuerkredits für Arbeitnehmer:innen ("crédit d'impôt pour salariés")^{iv}.** Somit würden Bürger:innen mit einem jährlichen Einkommen von bis zu 40.000 Euro, darunter auch viele Berufseinsteiger:innen, schnell und unkompliziert unterstützt, da der Steuerkredit monatlich mit dem Lohn verrechnet wird. Bei Einkommen zwischen 40.000 und 80.000 Euro sinkt der Steuerkredit regressiv.
- **Erhöhung der Steuerkredite für Mindestlohnempfänger:innen ("crédit d'impôt salaire social minimum") und Alleinerzehende ("crédit d'impôt monoparental").** Diese Bevölkerungsgruppen sind besonders vom Armutsrisiko bedroht und leiden somit auch am meisten unter den steigenden Preisen. Bei Alleinerziehenden etwa liegt das Armutsrisiko bei fast 59%.
- **Reindexierung der Teuerungszulage ("Allocation de vie chère").** Nachdem diese Zulage bereits angehoben wurde, würde durch die Reindexierung sichergestellt werden, dass ihr Betrag angesichts der steigenden Inflation angemessen bleibt.

- **Zusätzliche Unterstützung für Student:innen.** Studierende profitieren nicht von den oben genannten Steuerkrediten und haben auch kein Anrecht auf die Teuerungszulage falls sie bereits eine staatliche Studienbeihilfe (AideFi, vorher „CEDIES“) beziehen. Trotzdem sind auch sie von steigenden Preisen betroffen, besonders wenn sie nicht im Elternhaus wohnen. **Die Regierung sollte deshalb eine sozial gezielte Unterstützung für Student:innen, z.B. im Rahmen der staatlichen Studienbeihilfe, beschließen.**

Kein Rückfallen in alte Muster!

Mit dem Krieg in der Ukraine, der Klimakrise und vielen weiteren Herausforderungen befinden wir uns als Gesellschaft derzeit in einer schwierigen Situation. Diese Krisen haben weitreichende Auswirkungen und ihnen zu begegnen erfordert, dass wir bereit sind, neue Wege zu gehen und einen tiefgreifenden Wandel unserer Wirtschaft voranzutreiben.

Angesichts der steigenden Spritpreise sollte man deshalb nicht den Fehler begehen und in alte Muster zurückfallen. **Es wäre aus der Zeit gefallen, fossile Energien mit staatlichen Subventionen immer weiter am Leben zu halten.** Was wir jetzt brauchen, sind gezielte Unterstützungsmaßnahmen für jene, die diese tatsächlich benötigen. Somit können soziale Härten verhindert werden.

Gleichzeitig müssen wir, angesichts der Klimakrise und der Abhängigkeit von Autokratien, den fossilen Energien abschwören. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um den Umschwung in Richtung erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft weiter zu beschleunigen. **Anstatt den fossilen Individualverkehr mit einer Spritpreisbremse zu subventionieren, sollte deshalb die politische Energie neben sozial gezielter Unterstützung auch auf den Umstieg auf klimafreundliche Alternativen konzentriert werden.**

ⁱ STATEC (2022), Analyses 1-2022, Projections macroéconomiques à moyen terme 2022-2026, <https://statistiques.public.lu/catalogue-publications/analyses/2022/PDF-Analyses-01-2022.pdf>

ⁱⁱ STATEC (2021), Analyses 5-2021, Rapport travail et cohésion sociale, <https://statistiques.public.lu/catalogue-publications/analyses/2021/PDF-Analyses-05-2021.pdf>

ⁱⁱⁱ STATEC (2019) Regard N°16, <https://statistiques.public.lu/catalogue-publications/regards/2019/PDF-16-2019.pdf>

^{iv} Damit auch Renter:innen und Freiberufler:innen mit niedrigen Einkommen unterstützt werden, sollten neben dem „crédit d’impôt pour salariés“ auch der „crédit d’impôt pour indépendants“ und der „crédit d’impôt pour pensionnés“ erhöht werden.